

PARLAMENTSREDE von Andreas Otto, MdA – Bau- und wohnungspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin – 16. Wahlperiode, 63. Sitzung vom 22. April 2010 zum Thema: Gesetz zur Änderung der Bauordnung für Berlin und des Berliner Denkmalschutzgesetzes

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bauordnung ist ein ganz wichtiges Gesetz in jedem Bundesland. Insofern hätte ich mir eigentlich gewünscht, dass die Senatorin uns hier vielleicht eine Einführung gibt in das, was Sie vorhat, in das, was jetzt neu wird, und uns insbesondere einen Überblick gibt, welche Erfahrungen es eigentlich mit der Bauordnung von 2005 gibt. Die ist jetzt ungefähr fünf Jahre alt. Die Bauordnung bestimmt alles, was neu gebaut wird, alles, was umgebaut wird in Berlin, bestimmt Bauprodukte, Abstände. Das ist ein sehr lebensnahes Gesetzeswerk. Da hätte ich mir gewünscht, Frau Junge-Reyer, das Sie uns das hier vorstellen.

Wir haben in § 87 der Bauordnung selbst stehen, dass sie bis zum 1. Januar 2010 überprüft werden soll. Deswegen hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bereits im vergangenen Jahr eine Anhörung im Ausschuss für Bauen und Wohnen angeregt. Die haben wir dann auch durchgeführt. Ich bin enttäuscht, dass der Senat hier nur drei Einzelthemen herausgegriffen hat und aus dem Kanon der anderen Themen, die dort angesprochen wurden, nichts aufgegriffen hat. Ich erwähne beispielhaft die Abstandsflächen. Es haben sich mehrere Bezirke an uns gewandt, haben gesagt, wir sind mit der Regelung nicht zufrieden, die seit 2005 gilt. Dazu sagen Sie nichts.

Es haben uns im Rahmen der Anhörung Leute gesagt, die neuen Genehmigungsverfahren und Freistellungsregelungen forderten sehr viel von den Architekten, von den Ingenieuren, das könnten nicht alle leisten. – Was muss man da tun? Was ist an Schulung nötig? Wo muss man vielleicht diese Freistellungsverfahren überprüfen und Änderungen herbeiführen? Ein Beispiel: Viele Gebäude, die in Berlin errichtet werden, sehen niemals jemand vom Bauamt.

[Dr. Gabriele Hiller (Linksfraktion):
Das muss nicht schlimm sein!]

Ich habe schon Gebäude besichtigen dürfen, weil sich Bürger an mich gewandt haben, die wirklich gruselig sind, wo man sich sagt, dass das überhaupt noch steht, ist ein Wunder. Ist die Freistellung von Genehmigungen, von Verfahren, von Abnahme in jedem Fall richtig gewesen? Dazu hätte ich mir etwas gewünscht.

Oder ein weiteres Beispiel: Auf der Internetseite der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung haben Sie unter anderem das Gebäude in der Esmarchstraße, das im vergangenen Jahr den deutschen Holzbaupreis erhalten hat: Wie ist es eigentlich mit innovativem Bauen, mit ökologischem Bauen? Dazu sagen Sie nichts. Ich kann Ihnen sagen, der Architekt, den wir bei unserer Anhörung hatten, der hat uns erklärt, wie schwer das ist, in Berlin innovativ-ökologisch zu bauen. Man wird von Behörden behindert, man muss Gutachten beauftragen, man muss sehr viel Geld mehr ausgeben als man eigentlich hat, um so etwas voranzubringen. Auch dazu sagen Sie uns hier nichts.

Zu dem Thema der Werbung, das hier die Debatte dominiert: Wir haben das von Anfang an gesagt, Bündnis 90/Die Grünen hat gesagt, oh, mit der Verunstaltung durch Werbung, wir wundern uns, dass das die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, die Kulturverwaltung das nicht von Anfang an beachtet haben. Wir haben das im Prinzip von vorneherein kritisiert und haben gesagt, das wird schwierig, der Feldversuch Großflächenwerbung in Berlin. Das betrifft

ja nicht nur die Bauordnung. Dieses Werbethema wirft ja insgesamt auf die Senatspolitik ein ziemlich schlechtes Licht. Denken Sie an das Beispiel Charité. Das Charité-Hochhaus in Mitte wurde eingewickelt mit Werbeträgern, da wurde überhaupt nicht gebaut. Da lagen die kranken Leute in ihren Zimmern und wurden von außen durch die Werbeplane vom Tageslicht abgeschottet. Für ein Krankenhaus, das dem Land Berlin gehört, war das ein Skandal.

[Beifall bei den Grünen]

Frau Haußdörfer! Sie haben auf die Baudenkmale hier abgehoben, das Charlottenburger Tor haben Sie genannt. Beim Charlottenburger Tor oder auch bei anderen ging es nur am Rand um die Bauordnung. Da ging es in der Hauptsache darum, dass das Land Berlin, dass Senatsverwaltungen, Bezirksverwaltungen Verträge abgeschlossen haben, ohne darauf zu achten, dass Berlin daraus Einnahmen hat, ohne darauf zu achten, wie lange die Bauvorhaben angelegt sind und dass man überprüfen kann, was die Leute, die diese Werbeeinnahmen einkassieren, eigentlich mit dem Geld anstellen. Das war nicht Bauordnung, sondern Unvermögen der Koalition hier in Berlin. – Danke schön!

[Beifall bei den Grünen]